

Stefan Rammer

Aspekte jüdischen Lebens in Passau

Die Anfänge

Schon früh lassen sich Spuren jüdischen Lebens in unserem Raum nachweisen. Und wie überall in Europa war das Verhältnis des jüdischen Volkes zur einheimischen Bevölkerung von Beginn an gekennzeichnet von Problemen und Gegnerschaft. Dies reicht zurück bis in die Zeit des frühen Christentums.

Die Diskriminierung und Verfolgung des jüdischen Volkes zog sich durch die christlich-abendländische Geschichte. Das findet schon Niederschlag in den Schriften der Kirchenväter und massiv auch in der Theologie des Mittelalters. Kirchliches wie weltliches Leben waren geprägt von Judenfeindschaft.

So predigte bereits Johannes Chrysostomos im 4. Jahrhundert:

„Wo sich die Christismörder versammeln, da wird das Kreuz verspottet, wird Gott gelästert, wird die Natur nicht anerkannt und der heilige Geist zurückgewiesen ... Wenn die Riten der Juden heilig und verehrungswürdig sind, dann muß unsere Lebensweise falsch sein. Aber wenn wir den rechten Weg gehen, wie es der Fall ist, dann gehen sie einen betrügerischen Weg. Ich spreche nicht von der Heiligen Schrift. Das liegt mir völlig fern, denn sie führt uns zu Christus! Ich spreche von ihrer gegenwärtigen Gottlosigkeit und Verrücktheit!“

Die Vorstellungen von den Juden als Mörder Jesu und als Blasphemer wurden von Generation zu Generation weitergegeben. Sie bildeten den Ursprung eines dauerhaften und bitteren Judenhasses von seiten der Kirche, des christlichen Klerus und der Völker Europas. Vor allem am Ende des 11. Jahrhunderts kam es im Zuge der erregten Aufbruchstimmung, die im Vorfeld des ersten Kreuzzuges herrschte, zu blutigen Pogromen. Dies war der Auftakt für die gewaltsamen mittelalterlichen Judenverfolgungen, die vor allem in Krisen- und Ausnahme-situationen immer wieder stattfanden.

„Christismörder“

Judenhaß

Ghettoisierung

Das kanonische Recht mit seiner strengen Judengesetzgebung begründete die Absonderung der Juden von der christlichen Mehrheit sowie ihre wirtschaftliche Diskriminierung. Beides führte zusammen mit weltlichen Maßnahmen auch früh zur Ghettoisierung.

Die vorhandenen Belege über das jüdische Leben in Passau zu dieser Zeit bestätigen im großen und ganzen dieses Bild.

Wahre Geschichte der gräßlichen That, welche die Juden zu Pfaffstadt-Passau an dem hochwürdigsten Sacramente verübt haben.



Ausschnitt aus einem Flugblatt des 19. Jahrhunderts

In der vorhandenen Literatur über Juden in Bayern bzw. in Passau wird darauf hingewiesen, daß die Anfänge einer kleinen jüdischen Gemeinde in Passau bis ins Ende des 9. Jahrhunderts zurückreichen. Die Raffelstetter Zollordnung, niedergeschrieben 903 bis 906, erwähnt Juden als Kaufleute, die sich im Donauraum, vor allem in Regensburg, aufhielten. Diese dürften sicherlich auch das nahe Passau bereist haben, auch wenn erste urkundliche Erwähnungen sich erst zu Beginn des 13. Jahrhunderts finden lassen.

Christen war zu dieser Zeit das Zinsnehmen verboten. Das II. Laterankonzil 1139 verdammt dies als „Wucher“. Auf dem IV. Lateran-

konzil 1215 kam zum Zinsverbot als flankierende Maßnahme ein Gesetz hinzu, das verlangte, Juden, die „Wucherzinsen“ nehmen, der Gemeinschaft mit Christen zu entziehen. Hinzu kam die Kennzeichnungspflicht, zu welcher der gelbe Ring und der weinrote Judenhut eingeführt wurden. Die Juden, die als Fremde in vielerlei Weise durch Recht und Rechtsgewohnheit beschränkt von Grundbesitz, öffentlichen Ämtern und zahlreichen Handwerksberufen ausgeschlossen waren, übernahmen das Geldgeschäft. Ökonomische Motive und der Verschwörungsverdacht als wichtiges Element der Judenfeindschaft begannen zu wirken. Oft wurden Juden als „Wucherer“ oder Dunkelmänner an den Pranger gestellt.

„Wucherer“

In den Jahren 1260/66 entstand eine Schriftensammlung, die unter dem Titel „Passauer Anonymus“ überliefert wurde. Ein unbekannter Verfasser versammelte hier Argumente und Tatsachen, mit denen der katholische Glauben gegen Juden, Heiden und Ketzer zu verteidigen war. Die Juden erschienen als das von Gott verstoßene Volk, dessen hartes Schicksal als Zeugnis ihrer Gottferne gedeutet wurde.

„Passauer Anonymus“

Urkunden aus den Jahren 1244 bzw. 1336 belegen, daß in Passau Juden als Geldverleiher tätig waren. Geldgeschäfte, die den Neid der christlichen Bürger erregten, oder die Bevorzugung beim Passauer Fürstbischof, der die Geschäftigkeit der Juden für eigene Interessen nutzte, sollen laut Alexander Erhard der Grund für einen Aufruhr gegen die Passauer Juden im Jahr 1210 gewesen sein. W.M. Schmid nennt ergänzend die mißglückten Kreuzzüge, deren auch durch Passau ziehende Teilnehmer den Judenhaß schürten und die Juden als Gottesmörder diffamierten. Die Häuser Passauer Juden wurden geplündert, deren Bewohner mißhandelt oder sogar getötet.

Eine Urkunde vom 30. November 1210 beinhaltet die Klagen der Passauer Juden, die vom Fürstbischof Mangold Entschädigung forderten und diese in Höhe von 400 Mark Silber auch erhielten.

Die Juden durften zunächst innerhalb der Stadt Passau leben. Aus einem Kopialbuch des Johannispitals um 1380 wird ersichtlich, daß es in der Altstadt eine „Judengasse“ gab. Sie wird 1223 und 1329 urkundlich erwähnt. Neben dieser Gasse, die zur Donau hinab führte (heute: Steinergasse), befand sich auch zum Inn hin eine von Juden bewohnte Gasse. Die heutige Zinngießergasse hieß damals Judenschulgasse. Hier befand sich eine Mikwe (Ritualbad) und eine Synagoge. Letztere wird in Verkaufsurkunden von Häusern „bei der Judenschule“ aus den Jahren 1326 bis 1427 erwähnt.

„Judengasse“

Judenstadt
„bey der Ylitz“

Die Ghettoisierung der Passauer Juden kann nicht genau datiert werden. Erst aus dem Jahr 1444 ist ein Dokument erhalten, das auf eine eigene Judensiedlung außerhalb der Stadt am rechten Ilzufer hinweist. In einem Brief an Kaiser Friedrich III. schreibt Eneas Silvius Piccolomini, der spätere Papst Pius II.:

„Auch heute existiert noch eine andere Brücke über die Donau, worüber der Weg zu Bergen hinführt, welche gegen Böhmen liegen. Hinter denselben strömt ein schwarzer Bach hervor, der aus Böhmen kömt, die kleine Judenstadt und den dritten Theil der Stadt absondert!“

Die „kleine Judenstadt“ befand sich demnach auf einem schmalen und kurzen Landstreifen unterhalb des Oberhausberges. Hier war nur Platz für wenige Häuser. Angeblich sollen sich bereits um 1100 aus Regensburg vertriebene Juden hier angesiedelt haben. Ein sicherer Beleg für diese Judensiedlung ist eine Urkunde aus dem Jahr 1443, die den Einzug von Juden in ein neues Haus „vnder vnserm Gesloss sand Jörgenperg bey der Ylitz“, also unter der Festung auf dem Georgsberg an der Ilz, bestätigt. Laut Joseph Lenz sollen bereits 1360 54 jüdische Familien am Ilzufer gelebt haben.

Ein eigener Friedhof nördlich der „Oberhauser Leite“, heute „Am Vogelherd“, wurde 1418 erwähnt in einer Urkunde des Klosters Niedernburg. Mehrere Urkunden aus dem 14. Jahrhundert belegen die Präsenz und Geschäftstätigkeit geldverleihender Juden.

Zu dieser Zeit fanden mehrere Judenverfolgungen statt, so 1349 in Salzburg oder 1337 in Deggendorf, wo die jüdische Gemeinde wegen Hostienfrevels vertrieben und die Synagoge zerstört wurde. Nur Lenz erwähnt Ausschreitungen gegen Juden in Passau zu dieser Zeit. Demnach sei, als 1348 die Pest in Passau ausbrach, den Juden die Schuld daran zugewiesen worden: „Allenthalben lief das Volk zusammen und verjagte oder erschlug die Israeliten.“ (Joseph Lenz).

Auch die Chronisten Alexander Erhard und Karl Schrödl schreiben von einer Schuldzuweisung an die Juden, die der Brunnenvergiftung beschuldigt worden seien. Ein schriftlicher Beleg für ein Judenpogrom des Jahres 1348 ist nicht zu finden.

Wolfgang M. Schmid erwähnt, daß der Passauer Fürstbischof Georg selbst Geld bei Juden entliehen und aus eigenen Interessen dafür gesorgt hatte, daß eine im Juli 1404 in Salzburg und Hallein wütende Judenverfolgung nicht nach Passau übergriff. Schmid stellt sogar die

„Brunnenvergifter“

Vermutung an, der Fürstbischof könnte Flüchtende aufgenommen haben. Hier bestätigt sich, daß die Judenverfolgung nicht linear verlaufen ist. Über weite Strecken gab es auch ein friedliches Nebeneinander. Die jüdisch-christlichen Beziehungen waren zum Teil auch durch gegenseitige Sympathie gekennzeichnet. Daß in Passau Juden zumindest zeitweise in hohem Ansehen standen und als vertrauenswürdig erschienen, belegen Kaufverträge von Häusern in der Passauer Altstadt, bei denen von 1316 bis 1332 "Heinrich der Jud" als Zeuge angeführt wurde

*Friedliches
Nebeneinander*

Die Vertreibung der Passauer Juden nach 1478

1478 kam es zum sogenannten „Judenmordprozeß von Passau“. Ihm ging 1477 eine angebliche Hostienschändung voraus. Die Passauer Chronisten des 19. und 20. Jahrhunderts berichten von dem grausigen Geschehen anhand eines überlieferten Flugblattes aus dem Jahr 1480. Berichte von Leonhart Bauholtz (1486), Jakob Unrat (1499) und Angelus Rumppler (1506) hat Moritz Stern entdeckt, der 1928 die Hostienschändung ausführlich darstellte und deutete. Demnach brach der Christ Christoph Eisengreißheimer 1477 in die Freyunger Kirche ein und stahl dort acht Hostien, die er für einen Golddukaten an die Juden in der Passauer Ilzstadt verkaufte. Dort soll es dann zu einer Hostienschändung gekommen sein. Es ist eine der vielen Geschichten, wie sie damals überall erzählt wurden, wo Juden lebten. Wie andernorts auch erwuchs daraus blutiges Unrecht für die betroffenen Juden. In Passau sollen die Juden eine Hostie mit einem Messer durchstoßen haben. Dabei sei Blut herausgeflossen. Zwei weitere Hostien sollen im Backofen verbrannt worden sein, wobei ein Kindergesicht mit Heiligenschein umgeben von zwei Tauben und Engeln erschienen sein soll. Weitere Hostien wurden laut Überlieferung auch in andere Städte gebracht.

Hostienschändung

Mit dieser Geschichte tischte Eisengreißheimer auf, nachdem er am 4. Februar 1478 bei einem Aufbruch eines Opferstocks in Germannsberg auf frischer Tat ertappt und auf die Veste Oberhaus gebracht worden war. Die von ihm im Gefängnis beschuldigten Juden wurden am 10. Februar gefangengenommen und solange unter brutaler Folter verhört, bis sie den Hostienfrevel gestanden. Vier der Beschuldigten verlangten getauft zu werden. Das ersparte ihnen einen bestialischen Tod. Sie wurden am 10. März mit dem Schwert enthauptet. Die anderen

*Folter und
Hinrichtung*

sechs Gefangenen wurden mit glühenden Zangen zerfleischt und verbrannt. Wenige Tage danach ereilte auch den Hostiendieb dasselbe Schicksal. Selbst seine Lügengeschichte hatte ihn nicht zu retten vermocht. Nach diesem Ereignis ließen sich aus den jüdischen Familien an der Ilz etwa 40 Personen taufen. Damit konnten sie dem Schicksal der Vertreibung entgehen.

Bischof Ulrich von Nußdorf, den selbst das Hinrichtungsverbot Kaiser Friedrich III. nicht hatte beeindrucken können, ordnete den Abriß der Synagoge und den Bau einer Sühnekirche an. Mit deren Erstellung wurde bereits am 16. August 1479 begonnen. Die St. Salvatorkirche erhielt auch noch ein Kollegialstift, das ab 1490 und bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Betreuungsstätte für Pilger diente. Denn durch das Hostienwunder wurde wie andernorts auch die Stätte des Geschehens zum vielbewunderten und -besuchten Wallfahrtsort.

*Abriß der
Synagoge*

Wiederansiedelung von Juden in Passau zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Nach der Judenverfolgung des Jahres 1478 dauerte es lange, bis sich wieder Juden in Passau ansiedelten. Nach Akten im Stadtarchiv ist davon auszugehen, daß Hirsch Bamberger, der 1797 nach Passau kam, einer der ersten war. Er konvertierte 1803 zum katholischen Glauben.

Dies dürfte signalisieren, daß es sich als zum Christentum übergetreter Jude doch leichter leben ließ, oder aber auch, daß der Assimilationswunsch zu dieser Zeit vorhanden war und dessen Realisierung möglich war. Bamberger nahm einen anderen Namen an und lebte fortan als Johann Baptist Chrismann in der Dreiflüssestadt. 1810 heiratete er und wurde als Passauer Bürger aufgenommen. 1814 erhielt er die Gewerbeerlaubnis als Schmuckhändler.

*Stufenweise
rechtliche
Gleichstellung*

Die Stadt Passau fiel 1803 an Bayern, aus dem Fürstbistum wurde das Bistum Passau. Mit der Säkularisation wurden auch hier Kirchengüter konfisziert und fielen an den Staat, der vieles versteigern ließ. Dabei traten Juden als Händler in Erscheinung, die mit großer Kaufkraft sakrale Gegenstände wie Meßgewänder, Glocken oder Mobiliar ersteigerten. Dies spielte sich zu einer Zeit ab, in der die rechtliche Emanzipation und der gesellschaftliche Aufstieg der Juden begann. Aus der Idee der Aufklärung entsprang der Wunsch der Rechtsgleichheit und auch die Vorstellung, Juden zu „nützlichen Gliedern der Ge-

sellschaft" zu erziehen. Emanzipation wurde als „Belohnung“ für den zu leistenden Anpassungsprozeß gesehen. Der oben genannte Passauer Fall paßt in dieses Schema, nach dem sich diese Emanzipation nur sehr zögerlich vollzog. Denn eine sich im Grunde im Kreise drehende Diskussion der „Judenfrage“ trug auch dazu bei, im Vorhandensein der jüdischen Minderheit ein Problem zu sehen. Dennoch durften in Bayern zu Beginn des 19. Jahrhunderts jüdische Kinder die christlichen Schulen besuchen. Die jüdischen Gemeinden konnten auf eigene Kosten Schulen errichten. Von den christlichen Lehrern wurde Toleranz gegenüber den jüdischen Kindern erwartet und „staatszweckwidrige Vorurteile“ sollten beseitigt werden.

*Emanzipation als
"Belohnung"*

Die Revolution von 1848 verkündete sogar die volle Gleichstellung der Juden. Durch das Scheitern der Reformkräfte wurden jedoch rechtliche Verbesserungen teilweise wieder aufgehoben. 1869 beschloß der Norddeutsche Bund ein Emanzipationsgesetz, das 1871 vom Deutschen Reich übernommen wurde.

In der Periode dieser stufenweisen rechtlichen Gleichstellung schafften viele Juden den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg, indem sie die bisherige wirtschaftliche Nischenexistenz zu starken Positionen in Handel, Verkehr und Geldgeschäft ausbauten.

Ausgeprägtes intellektuelles Interesse führte auch zu einer Konzentration in freien akademischen Berufen. Die Emanzipation war jedoch auch in dieser Zeit von Phasen der Feindschaft begleitet. Die jüdische Bildungselite wurde im konservativen Bildungsbürgertum als gefährliche Konkurrenz betrachtet. Zudem wurde der Fortschrittsglaube der Aufklärung von einem romantisierenden Politikverständnis abgelöst.

*Erneute
Sündenbock-
funktion*

Konservative Kräfte strebten das Ideal einer harmonischen Gesellschaftsordnung in christlichem Geiste an. Hinzu kam eine Popularisierung der vor allem wirtschaftlich motivierten Judenfeindschaft in mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung vor dem Hintergrund sozialer Reibungen und Abstiegsprozesse, die die Umwandlung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat kennzeichnete.

Zum traditionellen Antijudaismus, der sich jahrhundertlang gegen das „Volk der Gottesmörder“ gerichtet hatte, trat nun auch ein politischer Antisemitismus. Bauern, Kleinhändler und Handwerker sahen in den Juden die Profiteure der heraufziehenden neuen Gesellschaft. Die Affinität der Juden zum Gewinnstreben wurde beschworen und so die alte Sündenbock-Funktion mit wissenschaftlicher Gründlichkeit in ein rationales Gewand gekleidet. Die traditionelle Diskriminierung

*Politischer
Antisemitismus*

senkte schon früh die Hemmschwellen. Dem jüdischen Kaufmann wurde natürliche Betrugsmentalität unterstellt, die Arbeit jüdischer Wissenschaftler und Intellektueller als zersetzend dargestellt.

*"Jüdische
Zigeunerbande"*

In Passau wurde die Bevölkerung 1823 aufgerufen, verdächtige Vorfälle zu melden. Eine herumziehende „jüdische Zigeunerbande“ wurde im Passauer Raum vermutet. Es wurde mitgeteilt, daß „alle jüdischen Vaganten und verdächtige jüdische Individuen, welche sich über ihre Reise nicht gehörig ausweisen können, sogleich in die Zwangsanstalt transportiert werden dürfen“.

Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich

Der Begriff „Antisemitismus“ ist eine deutsche Erfindung. Er läßt sich ab 1879 nachweisen. Zu massiven antisemitischen Wellen im Kaiserreich, die es parallel zu krisenhaften wirtschaftlichen Perioden gab, kam eine von Katholiken getragene antijüdische Agitation. Munition hierfür lieferte der für den Katholizismus bedrohliche Kulturkampf, aber auch die Wirtschaftskrise nach 1873, die das Vorurteil vom spekulativen jüdischen Kapital zusätzlich nährte. Durch die Abkehr der Reichspolitik vom Liberalismus wurde der Antisemitismus zunehmend auch eine Waffe gegen liberale Kräfte.

*Deutsche
Erfindung*

Bei den Reichstagswahlen von 1893 erhielten antisemitische Parteien 16 Sitze. Die Radikalsten forderten die Rücknahme der Emanzipation und die Vertreibung der Juden aus Deutschland. Mit solchen Appellen standen sie nicht allein. Der Antisemitismus organisierte sich in zahlreichen Organisationen wie studentischen Verbindungen, Handwerks- und Einzelhandelsverbänden, im Deutschnationalen Handlungsgehilfen Verband oder im „Bund der Landwirte“. Besonders hervorzuheben ist der „Alldeutsche Verband“, in dessen zunehmend auf rassistische Argumente abhebenden Agitation die Juden als unbedingt zu bekämpfende Macht fungierten. Die starke Resonanz einer Schrift des Gründers Heinrich Claß macht deutlich, wie sich der Antisemitismus als Interpretationsideologie für bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise eignete, die sich in ihrer Existenz zunehmend bedroht fühlten.

*Organisierter
Antisemitismus*

Rund 500 antisemitische Schriften erschienen allein zwischen 1873 und 1890. In ihnen wurde die rassistische Theorie aufgestellt und zum

Existenzkampf der überlegenen arischen Rasse gegen die „zersetzende“ semitische Rasse aufgerufen.

In den Schriften eines Paul de Lagarde (1827-1891), Julius Langbehn (1851-1902) oder Houston Stewart Chamberlain (1855-1927) wurden die bekannten antijüdischen Vorurteile auf unveränderbare biologische Ursachen zurückgeführt und der ewige Kampf der Rassen untereinander als naturnotwendige Erscheinung dargestellt. Zusammen mit sozialdarwinistischen Theorien und deutschvölkischen Vorstellungen ergab sich hieraus das Ideologiemisch des radikalen Antisemitismus, der aus der Sicht der Judenfeinde als adäquate Antwort auf die jüdische Assimilation galt. Nicht mehr die religiöse Zugehörigkeit wurde als entscheidende Begründung angeführt, sondern die „blutmäßige“ Zugehörigkeit; ein Makel, der selbst durch Konversion nicht zu beseitigen war. In der Sprache Paul de Lagardes hörte sich das so an: „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt“, sie „werden so rasch wie möglich vernichtet“. Klemens Felden hat 55 Schriften prominenter Autoren aus den Jahren zwischen 1861 und 1895 analysiert. In 28 Fällen wurden „Lösungen“ der Judenfrage vorgeschlagen, davon 19 Mal die physische Vernichtung der Juden.

Im Programm der Deutschsozialen Reformpartei hieß es 1899: „Da die Judenfrage im Laufe des 20. Jahrhunderts zur Weltfrage“ werde, müsse diese „endgültig durch völlige Absonderung und ... schließlich die Vernichtung des Judentums gelöst werden.“

Durch solche Schriften und Ideen ist später auch Hitlers Rassenideologie geprägt. Hitler ist in seiner Weltanschauung durch die Werke von Arthur Graf de Gobineau („Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen, 1855), Charles Darwin („Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl“, 1859), Houston Stewart Chamberlain („Die Grundlagen des 20. Jahrhunderts“, 1899) und viele andere völkische und antisemitische Publikationen beeinflusst worden. Zwischen 1919 und 1924 waren die Juden und ihre Bekämpfung das häufigste Thema seiner Reden. Am 3. Juli 1920 sprach er bereits von der „Rassentuberkulose der Völker“ und vom „jüdischen Parasit“.

In einer Rede vom 13. August mit dem Titel „Warum sind wir Antisemiten“ und später in „Mein Kampf“ entwickelte Hitler aus seinen Ressentiments ein in sich geschlossenes, politisch historisches Modell, in dem der Antisemitismus eine zentrale Funktion einnahm.

Die Geschichte war für Hitler ein ständiger Kampf der Rassen um Lebensraum. Die Juden, zur Staatsbildung unfähig und ohne kultur-

*Trichinen
und Bazillen*

Rassenideologie

bildende Kraft, stellten in diesem Modell gefährliche Parasiten dar, die in die Staatsgebilde und Kulturen anderer Völker eindringen, sie zersetzten und zerstörten. In ihrem Kampf um die Weltherrschaft bedienten sich die Juden verschiedener Formen des Internationalismus: Sie beherrschten die „Weltfinanz“, den „Marxismus“, die Freimaurerei sowie die Weltpresse, und auch die parlamentarische Demokratie wäre ihre Entwicklung. Vor der so beschworenen Gefahr konnte laut Hitler nur die Entfernung der Juden bewahren. Bereits 1924 ist der Jude als „Gegenmensch“, als „Antimensch“ definiert.

„Antimensch“

Hitler war überzeugt, das „Recht auf Tötung“ von Menschen zu haben, die der moralischen und physischen Gesundheit des deutschen Volkes schaden. Theoretisch angelegt ist auch die Sterilisation unheilbar Kranker, die Euthanasie sowie Maßnahmen zur „Verhütung“, „Desinfektion“ und „Reinerhaltung“.

Jüdische Gemeinschaft in Passau ab 1882

In Passau, wo das Entstehen einer neuen jüdischen Gemeinschaft ab 1882 zu verfolgen ist, lassen sich nur wenige Spuren eines tiefer verwurzelten Antisemitismus finden.

Als am 5. November 1875 die Errichtung von Agenturen der deutschen Reichsbank und der bayerischen Notenbank angekündigt wird, ist in der „Donauzeitung“ zu lesen:

Eines steht indessen heute schon fest. Die Juden bekommen wieder ein fruchtbares Feld, an dessen Ausbeutung sie es nicht fehlen lassen werden.“ Und am 12. Februar heißt es: „In der Folge genauer Erkundigungen stellt sich heraus, daß Hundertmarknoten, welche in Bayern keine Umlauffähigkeit haben, meist auf Viehmärkten durch die Juden verausgabt werden ... Also Vorsicht!“

In der seit 1880 geführten Passauer Einwohnerliste (sie umfaßt ca. 110.000 Personen) sind 1882 die ersten jüdischen Bürger genannt. Es handelte sich dabei um Meier Moritz Neumann und seine Frau Mathilde. Neumann hatte 1877 in Passau ein Haus erworben, eine Herrenkleiderfabrik eröffnet und einen Tuchhandel gegründet. Nach und nach zogen weitere Juden in Passau zu. 1916 weist die Einwohnerliste 98 und 1923 94 jüdische Bürger aus.

*Existenz-
gründungen*

Laut den vorhandenen Daten kamen bis 1930 die meisten Passauer Juden aus dem übrigen Deutschland (326), aus Österreich (81), der

Tschechoslowakei (75), Ungarn (75) oder Polen (46).

Laut Einwohnerliste waren sie bis 1930 hauptsächlich als Angestellte (221), Handwerker (191), Kaufleute (185), Akademiker (77), Arbeiter (57), Künstler (32) oder Reisende (27) tätig. Juden, die sich längerfristig in Passau niederlassen wollten, wurden keine behördlichen Schwierigkeiten gemacht. Bei Erwerb des Bürgerrechts hatten sie das gleiche Verfahren zu durchlaufen wie alle übrigen Personen.

№ 72 Donau-Zeitung Seite 7

Herren-Anzug-Stoffe

in unerreicht großer Auswahl!

Hervorragend gute Qualitäten zu wirklich billigen Preisen!

Anzugstoffe in schwarz und farbig von Mk. 1.20 per Meter bis Mk. 14.—

Tuchlager Burian & Zinner,

Passau. Donaubrücke!

Aus Anzeigen in den Passauer Zeitungen wird ersichtlich, daß zunehmend jüdische Firmen sich ansiedelten. Firmen wie das Textilgeschäft Gebrüder Klein (DZ, 18.2.1902), das Kaufhaus Leopold Grünebaum (PZ, 2.5.1905) oder das Kaufhaus Burian und Zinner (DZ, 13.3.1908) tauchten hier bereits auf. Auf Betreiben einiger Kaufleute wie Ludwig Lauchheimer, Adolf Bergmann, Leopold Grünebaum oder Julius Pick schlossen sich die Passauer Juden 1903 der israelitischen Kultusgemeinde in Straubing an. Diese war von der königlichen Regierung von Niederbayern 1897 als Kultusgemeinde zugelassen worden. Die Statuten sahen auch den Anschluß von Israeliten aus anderen niederbayerischen Orten vor, in denen keine eigene Gemeinde bestand.

Zwei nationalsozialistische Zeitungen in Passau vor der Machtergreifung Hitlers

Der Aufstieg der NSDAP von einer kleinen Splittergruppe zur stärksten politischen Kraft vollzog sich in dem kurzen Zeitraum zwischen 1929 und 1932. In diese Zeit fällt das Erscheinen zweier nationalso-

Anzeige in der
Donau-
Zeitung vom
14. März 1908

zialistischer Zeitungen in Passau, der „Niederbayerischen Rundschau“ und der „Passauer Wacht“. Wenn diese Zeitungen auch nur kurz erschienen, so zeigen sie dennoch, wie mit solchen Publikationen der Antisemitismus aus der Bewegung heraus in breitere Kreise der Gesellschaft getragen wurde und das Feld für antisemitisches Bewußtsein und Aktionen auch dort vorbereitet wurde, wo nur wenige Juden lebten und diese zudem weitgehend integriert waren.

In diesen Zeitungen herrschte ein Klima des Judenhasses, das nach der nationalsozialistischen Machtergreifung und der Gleichschaltung der Medien Tagesordnung in denselben wurde.



Wochenblatt für nationale und soziale Politik

Kopfzeile der
ersten Ausgabe
der national-
sozialistischen
"Niederbayerischen
Rundschau"

Die Nationalsozialisten suchten schon während der Weimarer Zeit ihre Ziele durch permanente Werbung zu propagieren. Programmatik und Propaganda der Bewegung boten zahlreiche Identifikationsmöglichkeiten für ideologische Überzeugungen und Ressentiments verschiedenster Art. Der Antisemitismus wirkte dabei als stark integrierende Kraft für die Parteimitglieder. Das Negativbild einer allgegenwärtigen jüdischen Verschwörung fungierte als nie versiegende Quelle eines fanatischen Hasses. Der Antisemitismus war zentrales Leitmotiv der NS-Propaganda. Stets wurde in blutrünstigen Parolen gegen das Weltjudentum gezetert und gehetzt. Schlagworte wie „internationales Finanzkapital“, „jüdischer Bolschewismus“, „Bonzentum“, „verjudete Sozialdemokratie“ oder die Verächtlichmachung der Weimarer Verfassungsinstitutionen gehörten zum Instrumentarium der NS-Organe. Ob in Parolen gegen Warenhauskonzerne oder der Stimmungsmache gegen moderne Kunst, stets konnte der für antisemitische Argumente anfällige Konsument dieser Propaganda die stereotype Vorstellung vom „ewigen Juden“ heraushören.

Feindbild
"Weltjudentum"

Die Situation an der Schwelle zum „Dritten Reich“ war gekennzeichnet durch das Entstehen eines umfassenden antisemitischen Kerns in der Gesellschaft, für den die Lösung der „Judenfrage“ eine nationale Existenzfrage war. Hinzu kam ein weit verbreiteter latenter Antisemitismus im Mittelstand und im gebildeten Bürgertum. Die Bereitschaft zur Hinnahme antisemitischer Parolen war groß. Daß Reichskanzler Brüning sich der Aufforderung des „Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, die massive antisemitische Hetze öffentlich zu verurteilen, verweigerte, zeigt, wie tief das antisemitische Vorurteil in die deutsche Gesellschaft eingedrungen war.

„Die Juden sind unser Unglück“

Inserate in der „Niederbayerischen Rundschau“ vom 17. und 24. Oktober 1930

Schon vor der Machtergreifung trugen die Nationalsozialisten den Antisemitismus in parteieigenen Medien propagandistisch unter das deutsche Volk. Es gab nicht nur den „Völkischen Beobachter“, der seit 1923 als „Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands“ in München erschien, oder den von Julius Streicher ebenfalls 1923 in Nürnberg gegründeten „Der Stürmer“, jenes „Deutsches Wochenblatt zum Kampf um die Wahrheit“.

Artikel, die hier erschienen, die allzuoft Titel wie „Die Juden sind unser Unglück“ trugen, wurden auch in kleineren Publikationen gedruckt. Das Feindbild gegen die Juden wurde auch über Zeitungen wie die „Niederbayerische Rundschau“ oder die „Passauer Wacht“ verankert. Die „Niederbayerische Rundschau“ (NR) erschien wöchentlich in der Zeit zwischen dem 17. Oktober 1930 und dem 31. Dezember 1931. Herausgeber dieses Wochenblattes „für nationale und soziale Politik“ war die national-

Beachten Sie unsere Inserate!

Kauft bei den inferierenden Firmen!
Weidet jüdische Warenhäuser!

Gasthaus „zum braunen Rößl“

Karl Rieger

Passau — Bräutigamwinkel 14

Griffpunkt der Nationalsozialisten

Jeden Freitag Gesellschaftstag
Mittwoch Stammtisch deutsche Ecke

May Moosbauer

Weiß- und Schwarzbrotbäckerei

Passau / Anger

Telefon 256-1

Peter Kasberger

Jnh.: Max Barnerssoi

**Baumaterialien- u.
Kohlen-Handlung**

Passau, Angerstr. 14

Tel. 2402

sozialistische Gauleitung Niederbayern. Schriftleiter war Otto Erbersdobler aus Fürstzell. Verantwortlich für Lokales und die Inserate war Anton Pachmayr aus Hauzenberg, wo das Blatt auch gedruckt wurde. Die „Passauer Wacht“ (PW) war das Passauer Kopfblatt der „Gauamtlichen Zeitung der Gaue Niederbayern-Oberpfalz“, die ab dem 1. November 1932 als Tageszeitung in Regensburg erschien und dort den Titel „Schaffendes Volk“ trug.

Weitere Kopfblätter waren der „Landshuter Herold“ und die „Straubinger Wacht“. Als der für Niederbayern zuständige Schriftleiter taucht im Impressum wieder Otto Erbersdobler auf, M.d.R., jetzt in Regensburg. Die PW erschien bis zum 28. Januar 1933. Wie der Historiker Norbert Frei meint, hätten diese Blätter zwar keine sehr große Wirkung über ihr Verbreitungsgebiet hinaus gehabt, sie seien „aber für die interne Politik der antisemitisch-nationalistischen Organisation“ sehr bedeutsam gewesen.

Der NSDAP-Kreisleiter und spätere Oberbürgermeister Passaus, Max Moosbauer, schrieb 1933 in einem Bericht mit dem Titel „Die nationalsozialistische Bewegung in Passau“ (= M1, S. 51) über die beiden Organe:

„Den größten Nachteil ergab der Umstand, daß wir in Passau zwei gegnerische Blätter, aber keine örtliche nationalsozialistische Zeitung hatten. Daher sind auch die Versuche erklärlich, sich eine eigene Presse zu schaffen ... Gauleiter Otto Erbersdobler glaubte in der Niederbayerischen Rundschau in Hauzenberg ein ausbaufähiges Organ gefunden zu haben. Der Verleger Pachmayer tat sein Bestes, das Blatt bei uns einzuführen, aber mit einem Wochenblatte ist die Beantwortung aller Angriffe aus zwei Tageszeitungen einfach untunlich ...

Dann glaubten wir in dem Blatte unseres damaligen Gauleiters Meierhofer „Das schaffende Volk“ eine brauchbare Waffe gefunden zu haben. Da die Zeitung aber in Regensburg gedruckt wurde, konnte sie ihre Abnehmer naturgemäß nicht so rasch mit den örtlichen Tagesneuigkeiten bedienen, wie eben die Ortsblätter ...“

Nun soll gezeigt werden, wie auch diese beiden Blätter in der kurzen Zeit ihres Erscheinens massivste Angriffe gegen die Juden vortrugen. Es ist dabei anzumerken, daß in Niederbayern im Jahr 1933 gerade einmal 293 Juden und in der Oberpfalz 1004 Juden lebten. Das waren 0,04 bzw. 0,15 Prozent der Gesamtbevölkerung. In der „Donauzeitung“ und der „Passauer Zeitung“ sind überzogen antisemi-

„Brauchbare Waffe“

Massive Angriffe

tische Tendenzen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung nicht erkennbar. Die konservative, der BVP nahestehende DZ wurde von der NR häufig heftig angegriffen. Die Gleichschaltung der DZ gelang nicht so rasch wie die der PZ. So erschienen noch bis 1935 Anzeigen jüdischer Geschäftsinhaber in der DZ. Max Moosbauer, schrieb dazu in seinem Text:

*Gleichschaltung
der Presse*

„Schwieriger gestaltete sich diese Umstellung bei der Donau-Zeitung. Erst am 27. Juni 1933 gelang es dem neuen Schriftleiter Pg. Karl Kleiner, die Gleichschaltung herbeizuführen. Bis dahin saß der Hauptschriftleiter Meier auf schier uneinnehmbarem Posten. Das war nur den Umständen zu verdanken, daß bei der nationalen Erhebung vergessen wurde, diesen berufsmäßigen Unruhestifter und seine Hintermänner sofort in Haft zu nehmen.“ (M1, S. 55)

Nachdem die DZ 1929 über die „Deggendorfer Gnad“ geschrieben hatte, kommentierte die NR dies am 31. Oktober 1931 wie folgt:

„Aber die Sache bekam ihr schlecht. Kaum war die betreffende Nummer herausgegeben, da flog auf den Redaktionstisch ein Brief des Juden Felix Bernheim, Passau, der in scharfem höchst anmaßenden Ton den Rat enthielt, die Donau-Zeitung solle gefälligst Menschen des 20. Jahrhunderts nicht derartige Lügenmärchen erzählen usw. Statt nun auf solche Unverschämtheiten, die für einen Katholiken einzig richtige Antwort zu geben, steckten die Herren Redakteure ganz im Gegenteil die jüdische Maßregelung ein und richteten sich danach. Nie mehr verletzten sie später das Zartgefühl der Söhne Zions, schreiben statt Juden „Missetäter“ und statt Judenviertel „Stadtteil“. Kommentar bleibt den Lesern überlassen, wir selbst fügen nur die Schlußfolgerung hinzu: Judas Ischariot verriet den Herrn für dreißig Silberlinge. Die Donauzeitung machts billiger, sie verrät ihn schon für ein Inserat.“

Die NR fordert ihre Leser schon in der ersten Ausgabe vom 17. Oktober 1930 auf: „Kauft nur deutsche Waren!“ und im Anzeigenteil wird den Lesern geraten: „Kauft bei den inserierenden Firmen! Meidet jüdische Warenhäuser!“ In den nächsten Ausgaben werden diese Appelle wiederholt. Eine andere Parole lautet: „Judengeld fehlt uns, klebt daher Kampfschatzmarken!“ In einer Anzeige wird am 11. Dezember 1931 die Frage beantwortet: „Warum sollst du das Warenhaus meiden?“ Es wird ein Bild des gekreuzigten Jesus gezeigt: „So haben

*„Meidet jüdische
Warenhäuser“*

Juden Jesus ans Kreuz genagelt.“ Das zweite Bild zeigt zum Warenhaus strömende Menschenmassen. Dazu heißt es: „Hier strömen die Christen zur Weihnachtsmesse jüdischer Warenhäuser.“ Das dritte Bild schließlich zeigt einen Mann, der sich wegen Konkurses erhängt hat. Kommentar dazu: „Und hier der letzte Schritt eines kleinen Geschäftsmannes als Folge jüdischer Warenhauspolitik.“ Direkt über dieser Graphik findet sich am 31. Dezember ein „Verzeichnis der deutschen Firmen und Geschäfte in Passau und Umgebung.“

In der PZ liest sich das am 12. Dezember 1932 so:

„In den Warenhäusern ein Glitzern und Blinkern, Riesenzepherine schaukeln in den Auslagefenstern, die unglaublichsten Kinderspielsachen, die sich das gewöhnliche Volk nicht leisten kann, machen die Kleinen unzufrieden mit ihrem eigenen kargbemessenen Weihnachtstisch, unerschwingliche Toiletten, kurz, es fehlt kaum ein Gegenstand, der nicht ... feilgeboten würde.“

*Vielfältige
Schuld-
zuweisungen*

Dagegen steht das Auslagefenster des kleinen Geschäftsmannes nicht selten leer da, oft fehlt die primitivste Beleuchtung. Tausende von ihnen müssen sich mit dem schrecklichen Gedanken quälen: Wird der Strick schon morgen endgültig zugezogen, oder läßt der Warenhausjude sie noch eine Zeitlang zappeln?

Dran glauben muß ja doch ein jeder, früher oder später, so oder so... Die Warenhäuser jedoch werden weiterhin wachsen und gedeihen. Wie lange wohl? Bis auf den Tag!“

Und kurz vor Weihnachten, am 21. Dezember, verkündet die PW: „Darüber gibt es keinen Zweifel: immer, wenn der Jude ein Geschäft macht, geht der Christ gewöhnlich leer aus.“

In der NR vom 12. Dezember 1930 wird sehr plakativ den deutschen Hausfrauen empfohlen, den kleinen Kaufmann zu unterstützen und dem Ziel „der herrschenden jüdischen Wirtschaftsmächte“ entgegenzuwirken, das da laute: „Der deutsche Mittelstand soll vernichtet werden.“ Das alte christliche Weihnachtsfest sei „für die Juden nur die günstige Gelegenheit ein Riesengeschäft zu machen.“

In beiden Zeitungen wird in allgemeinen Artikeln häufig das Weltjudentum angegriffen, werden auch programmatische, ideologisch verbrämte Berichte prominenter Nazis, auch aus anderen NS-Zeitungen, abgedruckt, in denen der Antisemitismus, die vielfältigen Schuldzuweisungen an Juden zum „guten“ Ton gehören.

In auffälligen und dick umrandeten Kästen im Vorfeld der Reichstagswahl vom 6. November 1932 wird das Feindbild auf einen kurzen Nenner gebracht.

So heißt es am 3. November in der PW:

„Nur Hitlers starke Hand
Rettet den Bauernstand.
Der Jude ist der Würger
Deutscher Arbeiter und Bürger.
Wer Papen und Jakob Goldschmidt vertraut,
der hat auf seichten Grund gebaut!
Also: Nur Nationalsozialisten Liste 1“

Am 5. November lautet die Parole in der gleichen Zeitung:

„Prolet, wie lange noch?
Wirf ab das Judenjoch!
Mach dich und Deutschland frei!“

Die Schlagzeile dazu auf der Titelseite der Zeitung vom 5. November verkündet: „Die Juden wählen Papen! Ein geheimes jüdisches Rundschreiben. Das deutsche Volk wählt Adolf Hitler.“ Zwischen den Juden und der deutschnationalen Partei von Papens gäbe es eine Verschwörung. Von der „jüdischen Geldsackherrschaft“ ist die Rede.

Warum sollst du das Warenhaus meiden?



Beispiel für die extreme Judenhetze in der "Niederbayerischen Rundschau" vom 11. Dez. 1931

Die Kampfansage gegen den „judenfreundlichen“ Reichskanzler Franz von Papen zieht sich bis zu dessen Ablösung durch die Berichterstattung. In zahlreichen Artikeln wird die Saat des Antisemitismus ausgestreut. In dem Bericht „Ist Antisemitismus unchristlich?“ (NR, 17.10.1930) heißt es in Zusammenhang mit den mittelalterlichen Judenverfolgungen:

„Der Haß gegen die Christen liegt ihnen ob der vielen Verfolgungen im Blute und sie handeln darum stets auf Grunde dieses Bluterbes, bewußt oder unbewußt zersetzend und zerstörend ... die Judentum als Ganzes aber hatte ihr Schicksal durch ihren Wucher und ihre Aussaugung des Volkes wohl verdient.“

In dem Artikel „Von den Räubern“ (31.10.1930) wird das Judentum als eigentlicher Gewinner des Ersten Weltkrieges bezeichnet: „Für das jüdische Volk war dieser Krieg das elementarste und revolutionärste Ereignis seiner Geschichte seit der Zerstörung des Tempels ... Die Stimmung der Juden ist angesichts ihrer Erfolge begreiflicherweise selbstbewußt und stolz.“ Das Ziel sei nun die „Weltherrschaft“. Diese, so ist am 28. November zu lesen, könne nur erreicht werden, „wenn alles sittliche und moralische Gefühl im deutschen Volke beseitigt ist, weil es dann mit einer Masse Heloten treiben kann, was es will.“ Weiter geht es mit Artikeln wie „Unser Kampf gegen das Judentum - Vom christlichen Standpunkt berechtigt“ (NR 26.12.1930), „Die „antisemitische Welle in England und Frankreich“ (NR, 16.1.1931), „Wohin ihr immer faßt, ihr werdet Juden fassen“ (NR 27.2.1931).

In einem Artikel vom 13. März 1931 in der NR wird Zahlenmaterial angeboten, das zeigen soll, wie verhältnismäßig wenige Juden dem Großteil der „dumm deutschblütigen Gesamtbevölkerung“ kapitalüberlegen seien. Die Forderung daher: „Die jüdische Hochflut in der Kunst, Kunstindustrie und Presse ist geradezu katastrophal angeschwollen. Hier wird im dritten Reiche eine Säuberungsaktion allergrößten Stiles einsetzen müssen.“

Eine Feststellung am 28. Oktober 1931:

„Ein Jud bleibt ein Jud, meine ich. Auch wenn er sich taufen läßt, meine ich. Auch wenn er Mohammedaner wird, meine ich. Und sogar wenn er Minister wird, meine ich.“

Das meine ich deshalb, weil ich einmal einen Dackel kannte, der wurde an den Schah von Persien verkauft und wurde Schahs persischer Hofdackel - aber ein Dackel blieb er doch.“

Die Reihe solcher Artikel ist lang. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß in ebensolchem Ausmaß, oft auch zusammen mit den Juden, die demokratischen Parteien, die Kommunisten, die Sozialdemokraten oder das Zentrum und die Bayerische Volkspartei an den Pranger gestellt wurden.

Die Tatsache, daß in Passau auch Juden Warenhäuser besaßen und betrieben, erlaubte die Personifizierung des Feindbildes vor Ort. Auch dazu wurden die beiden NS-Blätter benutzt.

Der oben schon genannte Passauer Jude Felix Bernheim war Besitzer des Kaufhauses „Merkur“. Sein Vater Alfred hatte es bereits 1898 gegründet.

Als die DZ am 31. Oktober 1930 ankündigt, daß vor einer Aufführung im Stadttheater Passau das Kaufhaus Merkur Abendkleider zeigen wolle, reagiert die „Niederbayerische Rundschau“.

Am 7. November 1930 setzt sie sich unter der Überschrift „Achtung! Passauer Geschäftsleute! Wer vertritt eure Interessen!“ für die deutschen Ladenbesitzer ein und meldet, daß dank der NSDAP-Ortsgruppe Passau die Modenschau verhindert werden konnte.

Am 28. November 1931 teilt der Passauer Rechtsanwalt Dr. Schwäbel in einem ausführlichen Artikel in der NR eine Entscheidung des Oberlandesgerichtes Bamberg mit, nach der die Aufforderung „Kauft nicht bei Juden“ und eine Aufzählung jüdischer Geschäfte zulässig seien.

In der Kolumne „Passauer Wochenschau“, verfaßt unter dem Pseudonym Florini, werden die Gegner der Nazis lächerlich gemacht.

Am 5. Dezember geht es gegen die Sozialdemokraten und deren Judenfreundschaft.

Einem „Sozi-Volksvertreter“ wird in den Mund gelegt:

„Sämtliche kleine Gewerbetreibende wie Krämer, Mausfallenhändler, Kaibibrater, Milliladlinhaber und gleichähnliche unnütze Existenzen sind mit sofortiger Wirkung dem Schinder nach Hacklberg zu überweisen, soweit sie nicht verhungert oder durch Freitod zu enden gewillt sind. Die Kinder dieser von mir gehaßten Kategorie von Menschen sind gnadenweise als abschreckendes Beispiel im Kaufhaus Merkur auszustellen, weil es dieser Firma zur Zeit an jungen Zirkuslöwen und lebenden Glasbläsern mangelt.“

Wegen Mangel an jüdischen Warenhäusern ist ein riesiger Konsumvereinspalast zu bauen ...“

Personifizierung
des Feindbildes

Kaufhaus
Merkur

„Passauer
Wochenschau“

Und am Ende meint Florini:

„O Herr, gib uns den Moses wieder, auf daß er diese sauberen Brüder heimführe ins gelobte Land. Laß auch das Meer sich wieder teilen, daß die hohen Wassersäulen feststeh'n wie'ne Felsenwand. Wenn Jud und rotschwarze Knechte alle, dann drin sind in der Wasserfalle, mach, o Herr, die Klappe zua und unser Deutschland hat a Ruah!!!“

Grotesk, absurd
und infam:
Florinis Berichte

Am 9. Januar 1931 ist Florini bei einer Wahrsagerin:

„... die Gebeine eines Skeletts in der Ecke begannen unruhig zu werden, als ich den Namen Hitler erwähnte. Es war ein ehemaliger Warenhausjude, der sich fürs germanische Museum absolut nicht ausstopfen lassen wollte, was ich an seinen Plattfüßen erkannte.“

Nachdem ihm die Wahrsagerin mitgeteilt hat, daß die DZ bald mit dem Hakenkreuz im Titel - eine Prophezeiung, die in der Tat schnell realisiert werden sollte - erscheinen würde, fragt Florini: „Was wird aus den Juden im Dritten Reich?“ Sie antwortet: „Ich sehe einen Güterwagen auf der Rampe des Passauer Bahnhofs. Ort der Bestimmung: Jerusalem. Im Herzen eurer Stadt, statt eines großen Warenhauses steht ein Säuglingsheim. Ein dicker Sozistadtrat wird auf der Flucht ins Krematorium erwischt, kommt ausgestopft in die Raritäten-sammlung ins Oberhaus ... In der Ilzstadt wird für die sogenannten anständigen Juden ein neues Ghetto errichtet ...“

Am 13. Februar nimmt Florinis Kolumne eine ganze Seite ein. Er berichtet von einer „Krawallsitzung“ im Stadtrat. Er macht sich in infamer Weise über die Juden lustig. Die Namen sind geringfügig verändert, aber jeder Passauer wußte, um welche Personen es sich handelte. U.a. ist zu lesen:

„Ein Telegramm des Goldmachers Tausend, in Passau eine neue Gesellschaft 164 zu gründen, wurde vom neuen Gaukommissar Mosbichler als nicht mehr nötig abgelehnt. Als die Hackinger das Rathaus verließen, standen 34 Juden im Braunhemd Spalier und baten, sich im dritten Reich taufen lassen zu dürfen. Felix Sternheim stellte sein Warenhaus als Säuglingsheim zur Verfügung und hängte die Hakenkreuzfahne heraus.“

Groteske und in ihrer Absurdität kaum zu überbietende Geschichten wurden hier geboten. Etwa von Affen, die „Israeliten“ schon am

Geruch erkannten und ihre antisemitischen Tendenzen mit allerlei Wurfgeschossen gegen die Warenhausbetreiber ausdrückten. Fazit: „Was du nicht willst, was man dir tu`, das mut` auch keinem Affen zu.“ (NR, 10.4.1931)

Ein anderes Mal wird der elegante „Konfektionsjude Isidor Kanalgeruch“ als Ausbeuter und Menschenschinder entlarvt (8.5.1931).

Ohne Verfasserangabe, es könnte vom Stil her Florini sein, ist in der PW vom 17. November 1932 eine „Passauer Stadtchronik“ zu lesen. Der Chronist erzählt von einem Kinoplakat:

„Starlächeln bleckte mir perlzählig entgegen ... Ich sah in einer Bar reizende Blondinnen mit desto reizloseren Judenjünglingen tanzen, ein Jude betritt mit einer blonden Braut das Standesamt. Ein Würgen im Hals zwang mich zum Ausspucken. Pfui Teufel! - hellzöpfige Mädels mit den Söhnen Israels im Schaukasten! So behilft sich Juda! Seit sich in Wirklichkeit kein deutsches Mädel mehr mit Juden sehen läßt, muß der Film so tun, als ob noch alles beim Alten wäre und zwischen der jüdischen und der deutschen Welt kein unüberbrückbarer Abgrund aufgerissen sei. Es gäbe Antwort auf solche Filme; wo Nationalsozialisten sind, sollten sie gegeben werden, dann würde der Unfug derartiger Darstellungen bald aufhören.“

Am 5. Juni 1931 wird Felix Bernheim in der NR die Expansion auf Kosten arischen Grundbesitzes vorgeworfen: „Das Kaufhaus Merkur und Genossen wird saniert (lateinisch - zu deutsch: gesundmachen, heilen) und deutsche Wirtschaftskreise gehen daran zugrunde! Wir haben gewarnt! Wir werden in dieser Angelegenheit weiter hören.“

Die Passauer Juden nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933

Was in den beiden NS-Blättern vorexerziert wurde, sollte wenige Monate später zum Alltag werden. Die gleichgeschalteten Passauer Zeitungen schwenkten rasch auf den Nazi-Kurs um. 1935 wurde der Verlag Ablaßmayer und Penninger dem nationalsozialistischen Gau-Verlag „Bayerische Ostmark“ einverleibt. Statt der „Passauer Zeitung“ erschien am 11. Februar zum ersten Mal die Zeitung „Bayerische Ostmark - Passauer Zeitung“ mit dem Untertitel „Einzige amtliche nationalsozialistische Tageszeitung des Gaues Bayerische Ostmark“.

Am 1. Januar 1938 wurde sie mit der „Donauzeitung“ vereinigt. Diese führte dann den Titel „Donauzeitung. Bayerische Ostmark - Passauer Zeitung“.

Die Drohungen vor dem 30. Januar 1933 sollten hinterher schnell in die Tat umgesetzt werden. Wegen „jüdischer Greuelpropaganda“ im Ausland und Demonstrationen gegen Hitler-Deutschland in den USA (PZ 31.3.1933) wurden die „Deutschen Volksgenossen“ für den 1. April zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen.

Die DZ machte da keine Ausnahme:

„Ein Deutscher, der noch in ein jüdisches Geschäft geht, fällt den Deutschen, die die hundsgemeine Lügenpropaganda der ausländischen Juden und ihrer deutschen Hintermänner zerstören wollen, in den Rücken. Ein deutscher Volksgenosse, der noch ein jüdisches Geschäft betritt, schließt sich automatisch aus der Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen aus. Ein Deutscher, der noch in einem jüdischen Geschäft kauft, ist ein Vaterlandsverräter und wird von anständigen Deutschen als solcher behandelt werden ...“

Boykott jüdischer
Geschäfte

Aufruf zum
Boykott
der jüdischen
Geschäfte
in Passau



Der Gesamtboykott

Ein Aufruf der NSDAP, in Passau — Ein Vermittlungsschritt der deutschen Juden kaum erfolgreich — Die Hege im Anstand geht weiter

Antwort auf die jüdische Greuelpropaganda im Ausland
Deutsche Volksgenossen!

Deutsche Frauen! Deutsche Männer!

In Amerika veranstalteten die Juden ungeheure Demonstrationen gegen das neue Deutschland, in England peitschten die jüdischen Zeitungen die Verdrängung zu Deutschen-Verfolgungen auf; in Frankreich und in der Tschechoslowakei, in Polen, in Skandinavien, überall verbreiteten jüdische und sozialdemokratische Blätter die furchtbarsten Greuelpropaganden über Menschenabschlachtungen in Deutschland und fordern gleichzeitig zum Boykott deutscher Waren auf. — Die niedrige Hege der Juden verlangt gebieterische Gegenmaßnahmen. Eine Gegenmaßnahme ist der

Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland

Ein Deutscher, der noch in ein jüdisches Geschäft geht, fällt den Deutschen, die die Lügenpropaganda der ausländischen Juden und ihrer deutschen Hintermänner zerstören wollen, in den Rücken.

Ein deutscher Volksgenosse, der noch ein jüdisches Geschäft betritt, schließt sich automatisch aus der Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen aus.

Ein Deutscher, der noch in einem jüdischen Geschäft kauft, ist ein Vaterlandsverräter und wird von anständigen Deutschen als solcher behandelt werden.

SW- Patrouillen werden die nötigen Kontrollen durchzuführen.

Wehe dem Deutschen, der undeutsch handelt!

Der christlich-deutsche Kaufmann, der jetzt vermag über die gegenwärtige Lage zu unerlaubten Vorteilen auszuhebeln, vergißt sich ebenso gegen die nationalen Interessen. Auch ihn würden wir mit den schärfsten Maßnahmen bestrafen.

Christlich-deutscher Kaufmann erfülle deine Pflicht!

NSDAP, Passau, Kreisleitung (ges.) Wollauer, W. d. L.

Die DZ berichtet am 1. April, daß in Passau der Boykott schon am Freitag, den 31. März begonnen habe, „weil Freitag Markttag ist ... Diese Gelegenheit sollte wahrgenommen werden, um auf diese Weise auch in die Kreise der gerade anwesenden ländlichen Bevölkerung die Boykottidee hineinzutragen.“ Zur Aktion selbst wird geschrieben:

„Gegen 10 Uhr vormittags marschierten SA- und SS-Abteilungen vor den jüdischen Geschäften und Warenhäusern auf, worauf deren Inhaber sehr rasch die Geschäfte schlossen. An die Schaufenster der betroffenen Geschäfte wurden Plakate des Inhalts angebracht, daß es sich um ein jüdisches Unternehmen handelt, das von allen bewußten Deutschen zu meiden ist ... Kinder, die sich bei der Schließung der Geschäfte noch in diesen befanden, bekamen beim Verlassen der Geschäfte Zettel ausgehändigt und auch angeheftet, in welchen zu lesen war, daß der Besitzer dieses Zettels nie mehr bei Juden einkaufen werde.“

Am Schluß des Artikels wurde knapp vermerkt: „Gestern abend wurde der hiesige Kaufmann Felix Bernheim in Schutzhaft genommen.“ Ein Dokument im Staatsarchiv Landshut gibt Auskunft, wer hinter der Verhaftung steckte:

„Schutzhaft“ für
Felix Bernheim

„Bei der heutigen Vorsprache im Kaufhaus Merkur anläßlich der Boykottbewegung legte Herr Felix Bernheim ein derart spöttisch-zynisches Benehmen mir gegenüber an den Tag, dass ich mich veranlasst sa (!), ihn in schärfster Form zurecht zuweisen, was ihn aber nicht abhielt, mich weiter mit spöttischem Lächeln zu entgegnen (!). Ich erblicke in dem Verhalten des Herrn Felix Bernheim mir als komm. Bürgermeister gegenüber eine unerhörte Beleidigung, die mich begleiteten (!) Herren gerieten in eine sehr starke Erregung.

Diese Umstände zwingen mich, das Ansuchen zu stellen, Herrn Felix Bernheim in Schutzhaft zu nehmen.“

Dieses in fehlerhaftem Deutsch verfaßte Schreiben trägt die Unterschrift von Max Moosbauer. Erst am 23. Mai wurde Bernheim aus der Schutzhaft entlassen. Während seiner Haft hatte sich sein Personal in einem Brief für ihn eingesetzt und an das Bezirksamt Passau geschrieben: „Das Gesamtpersonal der Firma „Kaufhaus Merkur“ gestattet sich nochmals, ein Gesuch zur Vorlage zu bringen mit der Bitte um Aufhebung der bereits seit 4 Wochen über unseren Chef Herrn Felix Bernheim verhängten Schutzhaft.“

Arisierungen

1935 verkauften die Bernheims das Kaufhaus Merkur. Nachdem am 1. August in der DZ noch eine halbseitige Anzeige erschienen war, meldete dieselbe Zeitung am 15. Oktober die Arisierung des jüdischen Kaufhauses. Es ging in die Hände der „arischen“ Käufer Karl Spellmann und Alfons Kell über, die das Geschäft unter dem Namen „Grenzland Kaufhaus“ weiterführten.

„Auch die Haushaltsabteilung des Kaufhauses Merkur ist in arischen Händen“, hieß es in einer anderen Anzeige, die Hans Stock und Franz Steubl als neue Inhaber nannte. Am 13. Mai 1939 mußte Alfred Bernheim auch sein Haus in der Ludwigstraße an Franz Stock und Hans Steubl verkaufen, ohne von dem Verkaufsbetrag von 60.000 Reichsmark auch nur einen Pfennig zur persönlichen Verwendung zu erhalten. Alfred und Berta Bernheim wanderten wenig später am 28. Juni 1939 nach Frankreich aus. 1946 emigrierten sie nach Palästina zu ihrem Sohn Siegbert, der schon 1937 dorthin gegangen war. Felix Bernheim verschlug es nach Südafrika.

Die jüdische Familie Bernheim war kein Einzelfall. Schon am 7. November 1933 hatte der Passauer Stadtrat zu Protokoll gegeben:

„Arisierungs“-
Anzeige

Passauer Zeitung, Dienstag, den 14. Oktober 1935.

Ganz Passau
und Umgebung geht es an!

Kaufhaus Merkur geht in arische Hände über
Die neue rein arische Firma heißt

Grenzland Kaufhaus

Hur noch einige Tage, dann haben Sie die gute deutsche Einkaufsquelle für Textil- und Modewaren in Passau
Mit ihnen freuen sich 60 Gefolgschaftsmitglieder, die ihr Bestes hergeben werden, Sie richtig zu beraten und freundlich zu bedienen

Eröffnung in einigen Tagen!

Grenzland Kaufhaus

Inhaber Karl Spettmann
früher Kaufhaus Merkur.

„Der von dem Kaufmann Leopold Grünebaum in Passau angemeldete Totalausverkauf wird in seiner Ausdehnung auf vier Monate genehmigt. Der Beginn ist dem Stadtrat anzuzeigen ...“

Am 10. November gab Grünebaum seinen Entschluß zum Ausverkauf in der DZ bekannt. Einen Tag später begann der Ausverkauf und im Februar 1934 endete er.

Das Haus in der Ludwigstraße wurde an die Familie Kreilinger verkauft. Die Familie Grünebaum zog nach München.

Leopold Grünebaum starb dort am 12. Januar 1940, seine Frau Ilse wurde am 16. September 1941 nach Riga deportiert und ermordet. Die Töchter Ilse und Rosa konnten

1939 nach England emigrieren. Die dritte Tochter Margot überlebte das Internierungslager in Gurs im Süden Frankreichs. Nach ihrer Befreiung im Sommer 1944 ging sie in die USA.

Auch die anderen jüdischen Firmen in Passau sahen sich nach und nach zum Verkauf gezwungen. Boykottmaßnahmen und zunehmende Auflagen ließen die Umsätze sinken.

So untersagte die Stadt Passau schon 1933 allen öffentlichen Bediensteten den Einkauf in jüdischen Geschäften, auch öffentliche Aufträge sollten sie nicht mehr erhalten.

In der PZ liest sich das am 5. Mai wie folgt:

„Ferner dürfte die Öffentlichkeit aus diesen Beschlüssen interessieren, daß für die Vergebung von Lieferungen an städtische Fürsorger in Zukunft nichtarische Firmen ausgeschlossen werden sollen, und daß damit erreicht werden soll, daß mit Hilfe der wirtschaftlichen Vereinigungen besonders der kleine Gewerbetreibende zu berücksichtigen sei.“

Weitergehende Maßnahmen des Stadtrates datieren vom 13. August 1935. Im Protokoll heißt es:

- a) Die Beamten und Angestellten werden aufmerksam gemacht nicht beim Juden Einkäufe zu betätigen, ansonsten dieselben die Folge zu tragen hätten. Die Beamten und Angestellten haben dementsprechend auch auf ihre Familienmitglieder einzuwirken. Wer vom Staat oder einer Gemeinde sein Gehalt bzw. seinen Lohn empfängt, darf dem Staate nicht in den Rücken fallen, sondern muss ihn unterstützen.
- b) Die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sind ebenfalls aufmerksam zu machen, nicht beim Juden einzukaufen. Es sind daher dementsprechende Schilder im Wohlfahrtsamt anzubringen. Bei Zuwiderhandlung erfolgt Unterstützungsentzug.
- c) Geschäftsleute und Unternehmer, welche ihre Einkäufe beim Juden tätigen, haben von der Stadt keinen Auftrag zu erwarten.
- d) Die Verwaltungen von Anstalten und Stiftungen werden nochmals angewiesen, keine Einkäufe beim Juden zu tätigen. Besteht Zweifel über eine Firma, ob diese eine Judenfirma ist, so ist bei der Kreisleitung der NSDAP anzufragen.
- e) Die Insassen von Anstalten und Stiftungen sind ebenfalls zu belehren, nicht beim Juden einzukaufen."

*Maßnahmen
des Stadtrates*

*"Keine Einkäufe
beim Juden"*

Auch die Volksfeste durften nicht mehr von den jüdischen Verkäufern beschickt werden. Im Amtsblatt des Stadtrats Nr. 14 vom 13. April 1933 wurde verkündet, daß jüdische Unternehmer und Gewerbetreibende zur Maidult, Herbstdult und an sonstigen Schaustellungen nicht mehr zugelassen werden dürften, um öffentliche Ruhe und Ordnung nicht zu gefährden.

Der politische Sonderkommissar verbot eine Woche später „das Spielen jüdischer Schlagerkompositionen und Jazzmusik in sämtlichen Gastlokalen und Caféhäusern des Stadtbezirks Passau“.

Am 31. August 1935 fand in der Nibelungenhalle eine Großkundgebung statt, die unter dem Thema lief: „Gegen Judentum und politischen Katholizismus“

Ein Auszug aus der DZ vom 2. September: „Ein deutscher Volksgenosse könne nur von deutschen Volksgenossen kaufen, wer heute noch beim Juden kaufe, sei ein Volksverräter. Jeder Fremdkörper müsse, soll Deutschland weiterleben, so schnell wie möglich aus Deutschland verschwinden.“

Bald war es soweit. Am 23. November 1938 konnte die DZ unter dem Titel "Die Juden haben auch in Passau ausgespielt" melden:

„Abgesehen davon, daß eine Anzahl dieser Judenfirmen entweder durch Todesfall oder durch Wegzug - für Passau wenigstens - das Zeitliche gesegnet hat oder durch Arisierung auf eine dem neuen Geist entsprechende deutsche und damit reellere Grundlage gestellt wurde, wird nun bald auch der letzte Rest der Passauer Judengeschäfte verschwinden, und so wird auch Passaus Wirtschaftsleben endgültig vom jüdischen Einfluß befreit.

Man weint den Juden auch hier keine Träne nach ..."

Vom 29. Juli 1938 liegt ein Stadtratsprotokoll vor, in dem die Ratsherren „mit Genugtuung davon Kenntnis" nehmen, „daß das letzte jüdische Kaufhaus Julius Pick ab 1.4.38 von der arischen Firma Otto und Schramm übernommen wurde, die Filiale des Schuhgeschäftes Springmann spätestens am 31.12.38 geschlossen wird, der Weingroßhändler Blättner durch die neuen Bestimmungen über jüdische Gewerbebetriebe am 30.9.38 seine Legitimationskarte und damit seine Wirksamkeit aufgeben muß.

Es ist zu wünschen, daß dem Verschwinden der jüdischen Gewerbebetriebe auch der Auszug der letzten Juden aus der Wohngemeinschaft in Passau folgen wird.

*"Die Juden haben
auch in Passau
ausgespielt"*

Anfang Januar 1939 schloß die jüdische Schuhfirma Springmann dann auch ihr Geschäft. Das von Henriette Pick, der Frau des 1924 verstorbenen Firmengründers Julius Pick, geleitete Kaufhaus wurde 1938 verkauft. Am 1. April 1938 inserierten die neuen Besitzer „Otto & Schramm“ in der DZ und priesen ihr Haus der guten Qualitäten“. Henriette Pick zog mit ihren Töchtern Paula und Lilly nach München. 1939 emigrierten sie in die Schweiz.

Familie Pick

Die wohl letzte Arisierung in Passau betraf die Holzhandlung Forchheimer, die sich in Auerbach direkt neben dem Reichsbahngelände angesiedelt hatte, um hier Holztransporte abzuwickeln. Die drei Brüder Arthur, Karl und Hans Simon Forchheimer verkauften ihr über einen Hektar großes Grundstück für 34.688 Reichsmark an den stellvertretenden Kreisleiter der NSDAP Max Barnerssoi.

Familie Forchheimer

Der Verkauf eines Lagergrundstückes von 1349 Quadratmetern zog sich bis 1944 hin. Käufer war der Automechanikermeister Hans Leebmann. Die Brüder Forchheimer waren zu dieser Zeit alle bereits im Ausland. In Hals erinnert die Forchheimerstraße an die Kaufmannsfamilie.

Über eine andere Arisierung berichtet die DZ im November 1935. Der „neue Besitzer“ Willi Zacharias verkündet in einer Anzeige am 6. November, daß das „Spezialhaus für Herren und Knabenbekleidung Gebrüder Klein, Passau, Ludwigstraße“ in „arische Hände“ übergegangen sei. Die Firmengründer Nathan Klein und seine Frau verließen Passau wenig später in Richtung Berlin, um von hier aus zusammen mit ihrem Sohn Robert 1936 nach Palästina auszuwandern. Robert Klein ging 1952 in die USA.

Familie Klein

Dem oben genannten Max Blättner, der mit Spirituosen und Likören handelte, mußte Max Moosbauer am 29. Juli 1935 aufgrund der Verordnung vom 13. Juli 1934 zur Erinnerung an den Weltkrieg 1914/1918 das von Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg gestiftete Ehrenkreuz verleihen. Blättner resignierte 1936.

Familie Blättner

Er zog mit seiner Frau Martha und den Kindern Gisela, Inge und Günther nach München. Von hier aus wanderte die Familie 1938 in die USA aus.

Nach München ging 1933 zunächst auch Max Hartmann, der ebenfalls mit Textilien handelte und bereits 1933 aus der Firma Hartl/Hartmann ausschied. Max und Irma Hartmann emigrierten mit

Familie Hartmann

den Kindern Ruth Fanni, Kurt Martin und Erich 1938 nach New York. Alois Hartl, dessen Frau Sophie eine Jüdin war, mußte 1942 das Geschäft in Passau schließen. Hartl, der bei „Burian & Zinner“ eine kaufmännische Lehre absolviert hatte, meldete 1919 ein eigenes Manufakturwarengeschäft an. Bei der Familie Blättner lernte er Sophie Einstein kennen, die er 1923 heiratete.

Der Zufall wollte es, daß gerade dieses Paar von 1924 bis 1933 in eben jenem Haus in der Kapuzinerstraße 5 wohnte, in dem einst auch Adolf Hitler als Kind gelebt hatte. Sophie Hartl durfte sich nach der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 im Geschäft nicht mehr sehen lassen, außerdem mußte sie einen Judenstern tragen. Hartl, vom NS-Oberbürgermeister Moosbauer bedrängt, sich scheiden zu lassen, hielt zu seiner Frau. Im Oktober 1944 mußte Hartl sich im sächsischen Arbeitslager Altenberg melden, die beiden Töchter mußten ab 1944 in einem Sägewerk Zwangsarbeit leisten. Sophie Hartl, die 1944 nach Theresienstadt gebracht werden sollte, konnte sich bei Freunden verstecken und überlebte so das „Dritte Reich“.

Familie Hartl

Anna und Emil Burian



Auch das war in Passau möglich. Und es war kein Einzelfall. Die Jüdin Lydia Aaron, die 1923 in Passau ein Hutgeschäft eröffnet hatte, heiratete 1924 Josef Zach, Mitbesitzer der ersten Passauer Weißbierbrauerei. 1925 eröffneten die beiden in der Großen Klingergasse das Café „Rheingold“.

Beschützt von ihrem Mann überlebte die „Volljüdin“, die nicht konvertierte, die Diktatur.

Ein bemerkenswerter Fall.

Eine andere jüdische Familie, die in Passau lange Zeit erfolgreich ein Kaufhaus betrieb, war die Familie Burian. Emil Burian gründete 1907 das Kaufhaus „Burian und Zinner“ in der Wittgasse an der ehemaligen Maxbrücke. Schon 1929 verkaufte er es und zog nach München. Die Söhne Kurt und

Otto Heinrich und die Tochter Trude wanderten 1938 nach Nordamerika aus. Die Eltern blieben in München, von wo sie 1941 nach Riga deportiert wurden. Hier verliert sich ihre Spur. Sie sind entweder in Riga oder in einem Vernichtungslager im Osten umgekommen.

Nach dem Attentat des Herrschel Grynspan auf den deutschen Diplomaten Ernst von Rath am 7. November 1938 in Paris gab Hitler seinem Reichspropagandaminister Joseph Goebbels das Signal für die sogenannte „Reichskristallnacht“, eine Bezeichnung, die nicht annähernd verdeutlicht, welches Leid hier den deutschen Juden angetan wurde. In der Stadt Passau, in der die Pogromnacht auch stattfand, konnten die NS-Organisationen nur wenig zerstören. Die jüdischen Geschäfte waren größtenteils arisiert. Die DZ meldete am 11. November:

„In der vergangenen Nacht kam es auch in Passau und teilweise auch in der Umgebung zu spontanen Kundgebungen gegen die noch anwesenden Juden, in deren Verlauf die Juden in Schutzhaft genommen wurden.“

Am 14. November war dann in der DZ zu lesen:

„Mögen in diesen Tagen auch einige Fensterscheiben eingeschlagen worden sein. Das mag bedauerlich erscheinen. Nicht zu bedauern aber ist, daß die Juden aus unserem Volk ausgeilgt werden.“

Zynisch und verharmlosend ist diese Meldung über ein Ereignis, bei dem im ganzen Reich 7500 Geschäfte, 171 Synagogen zerstört wurden und bei dem 91 Menschen ermordet wurden: der Auftakt zur weiteren Entrechtung der deutschen Juden, die bis zu deren Vernichtung geführt wurde, was der Artikel ja ankündigt.

Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde auch Robert Weilheimer, der Neffe des jüdischen Kaufmannes Julius Pick. Dieser hatte den 1900 in Ludwigshafen geborenen Robert als Siebenjährigen nach Passau geholt und wie ein eigenes Kind aufgezogen.

Zu den „Nürnberger Gesetzen“ des Jahres 1935 gehörte auch das sogenannte „Blutschutzgesetz“. Es sah für den Fall der Übertretung des Verbots der Eheschließung und des außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Juden und „Deutschblütigen“ Zuchthausstrafe vor. Wegen „Rassenschande“ mußte Robert Weilheimer im Dezember

„Reichskristallnacht“

„Rassenschande“

1938 vor die große Strafkammer des Landgerichtes in Passau treten. Grund dafür war eine Anzeige eines Gendarmeriepostens, der im Juni 1938 Weilheimer mit der Nichtjüdin Hertha Z. einige Tage im Bayerischen Wald wandern sah.

Die in Berlin verhörte Frau gab zu Protokoll:

„Ich bin rein deutschblütig, die Nürnberger Gesetze sind mir bekannt, ich bin darauf hingewiesen worden, daß ich als Frau nicht wegen Rassenschande bestraft werden kann ... Weilheimer hat gewußt, daß ich deutschblütig bin.“

Die Passauer Polizei wurde angewiesen: „Festnehmen wegen Rassenschande ... Weilheimer ist der Rassenschande überführt.“ Am 10. August wurde der Beschuldigte festgenommen und ins Landgerichtsgefängnis gebracht. Weilheimer gab zu, sexuelle Kontakte mit seiner langjährigen Freundin gehabt zu haben, bestritt aber den Geschlechtsverkehr und beantragte deren Untersuchung auf Jungfräulichkeit. Diese Untersuchung fand auch statt und ergab die Richtigkeit von Weilheimers Aussage. Obwohl es in der 1. Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes vom 14. November 1935 hieß, daß außerehelicher Verkehr nur der Geschlechtsverkehr sei, wurde Weilheimer wegen „beischlafähnlicher“ Handlungen angeklagt und am 30. Dezember 1938 zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Weilheimer wurde ins Zuchthaus nach Amberg gebracht.

Die DZ berichtete am 2. Januar 1939 ausführlich und in übelsten antisemitischen Tönen über diesen Juden, der „durch sein rassenschänderisches Verhalten die Ehre des deutschen Volkes auf das schwerste verletzt“ hätte. Weilheimer wurde am 12. März 1941 in das Landgerichtsgefängnis in Amberg überstellt. Weiteres ist aus den Akten nicht zu erfahren. In der jüdischen Gemeinde in Straubing wird Robert Weilheimer als Opfer des Völkermordes aufgeführt. Er ist in einem Vernichtungslager ermordet worden.

„Zum Schutze des deutschen Blutes“

Jüdische Gemeinde von 1945 bis 1950

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs gründeten Juden, die das Dritte Reich und den Völkermord überlebt hatten, für einige Jahre eine jüdische Gemeinde in Passau.

Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 lebten in Passau 150 jüdische Bürger, die die Lager Bergen-Belsen, Dachau, Theresienstadt und Buchenwald überlebt hatten, auch zwei Häftlinge des KZ-Außenlagers Oberilmühle waren darunter. Diese jüdische Gemeinde bestand bis zum Jahr 1950.

Der im September 1945 nach Passau gekommene Führunternehmer Leon Wrobel war Ortspräsident der Gemeinde, die mit Hilfe der amerikanischen Besatzungsbehörden das Haus „Zum deutschen Kaiser“ gegenüber des Bahnhofs zur Nutzung erhielt. Hier wurden auch ein Ritualbad und andere für das Gemeindeleben notwendige Räume gebaut oder eingerichtet. Die jüdische Gemeinde gehörte in den ersten Nachkriegsjahren zu den aktiven Teilen der Passauer Gesellschaft. Zahlreiche Bilder zeigen, daß sie der Bevölkerung das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen auch in Demonstrationen und -Veranstaltungen verdeutlichen wollten.

*Demonstrations-
veranstaltung der
jüdischen
Gemeinde im
Passauer
Rathausaal,
Mai 1947*



Vielleicht waren Mitglieder der Gemeinde mit beteiligt an jenem Antrag von 1947, der die Errichtung eines Mahnmals forderte. Leider existiert auch zu diesem Bereich nur wenig Material.

Mit der Gründung des Staates Israel verließen - wie in vielen Orten Deutschlands - auch die jüdischen Bürger Passaus das Land der Täter, um sich in Israel oder anderswo im Ausland anzusiedeln.

Leon Wrobel wanderte im November nach Cincinnati/USA aus, sein Stellvertreter in der Gemeinde, Mieczeslaw Okrent, ging nach Kanada.

So erlosch 1950 die selbständige jüdische Gemeinde in Passau.

Einige der noch lebenden ehemaligen Passauer Juden haben in den letzten Jahren auf Einladung des Rathauses ihre Heimatstadt besucht. Im Oktober 1986 kam Robert Klein, der als Künstler in San Francisco lebt. Im Oberhausmuseum wurde ihm eine Ausstellung ermöglicht. 1987 besuchte Ilse Grünbaum aus New York die Stadt. 1988 waren Arthur Otto Burian und seine Schwester Trude Berkey zu Gast. 1991 wurden Kurt und Erich Hartmann begrüßt. 1992 war Günter Blättner mit seiner Tochter hier.

1996 besuchte erneut Erich Hartmann die Stadt, um hier in der St. Anna Kapelle eine Fotoausstellung eigener Arbeiten zu eröffnen. Kurz zuvor verweilte sein Bruder Kurt zum zweiten Mal in Passau.

Dieser Text basiert weitgehend auf der im Auftrag der Stadt Passau erstellten Dokumentation „Juden in Passau“. Diese von Dr. Konrad Scholz erstellte Chronik Passauer jüdischen Lebens liegt als Manuskript im Stadtarchiv Passau. Die genannten oder zitierten Quellen oder Dokumente sind hier nachgewiesen. Eigenständig erarbeitet ist der Bereich über die beiden nationalsozialistischen Zeitungen in Passau. ■



*Die Herausgeber
Dr. Max Brunner
(links) und
Richard Schaffner
(rechts)
führen
(von links)
Trude Berkey,
geb. Burian,
Arthur-Otto Burian
und seinen Neffen
Fred W. Plotke
im September 1988
durch das
Passauer Stadtarchiv*